

Heike Dörrenbecher: „Wir hatten Befürchtung, die Ukraine werde zu einer lenkbaren Demokratie“

Sergej Ssolodkij, „Glavred“, 16.06.09//14.21

Morgen werden in der Ukraine die Außenminister Polens und Deutschlands – **Frank-Walter Steinmeier und Radoslaw Sikorsky** eintreffen.

Noch im April haben sie die Unterstützung der Ukraine bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrise initiiert.

Eine der Aufgaben der Gäste besteht darin, die ukrainische Regierung aufzurufen, den hinausgezögerten politischen Krieg einzustellen. Diese Signale der ausländischen Gäste werden allerdings kaum wahrgenommen sein; lt. Information der „Glavred“ sollte im ukrainischen Ministerkabinett die Nachricht über Ankunft der Minister aus Polen und Deutschland skeptisch empfunden sein. Lt. Julia Tymoschenko, die Politiker zu versöhnen, und das noch kurz vor der Wahlkampagne, wäre aussichtslos. Vielmehr, könnte keiner aus der nächsten Umgebung der ukrainischen Ministerpräsidentin definitiv sagen, ob der Termin mit Herren Steinmeier und Sikorsky überhaupt zustandekommt.

Gestern wurde bekannt, dass die ausländischen Politiker sich mit Ministerpräsidentin doch treffen werden; die Termine mit Präsidenten Viktor Justschenko, Parlamentvorsitzenden Vladimir Litwin und Oppositionsleader Viktor Janukowitsch seien ebenfalls vorgeplant.

Das die Unterstützung der Ukraine predigende polnisch-deutsche Duo kommt etwas merkwürdig vor, insbesondere wenn man an ausgeprägte politische Sympathie des deutschen Außenministers zu Russland denkt. Und gerade Deutschland, samt Frankreich, Italien, Holland waren dagegen, der Ukraine NATO Membership Action Plan zu gewähren. Warum wurde Berlin plötzlich wegen Kiew aufmerksam? Warum äußerte die FDP, schneller als andere deutsche Parteien, ausgerechnet jetzt ihre Stellung zur langfristigen EU-Beitrittsperspektive der Ukraine? In Deutschland ist z.Zt. ja Wahlkampagne im Gange, so was sollte die Deutschen in dieser Situation Ukraine angehen?

Diese Fragen wurden von der „Glavred“ an Leiterin der Vertretung der Friedrich-Naumann-Stiftung in der Ukraine, Fr. Heike Dörrenbecher gestellt.

Vor ganz kurzer Zeit war für die Ukraine nur eine Frage lebenswichtig: Gibt es breite Koalition oder gibt es diese nicht. Soviel ich weiß, hat die Absicht ukrainischer Politiker, die Änderungen in die Verfassung einzufügen, eine Menge Fragen auch im Ausland hervorgerufen. Wäre das Risiko der politischen Isolation der Ukraine groß, wenn Viktor Janukowitsch und Julia Tymoschenko die Wahl des Präsidenten im Parlament, das imperative Mandat und die Verlängerung der Tätigkeit der Werchovna Rada hätten vereinbaren können?

Wir haben diesen Prozess mit großer Besorgnis verfolgt. Denn Ähnliches fand in 90-er Jahren in Russland statt. Damals wurde sogenannte chaotische Demokratie durch eine lenkbare ersetzt. Sehen Sie, die Präsidentenwahlen im Parlament allein bringen nichts Schlechtes mit sich. Das Problem besteht nur darin, dass die Änderungen in die Verfassung mit einem bestimmten Zweck eingefügt werden sollen. Zwar ich Ausländerin bin, aber ich habe den Eindruck bekommen, dass man die Verfassung für

Janukowitsch als künftigen Präsident und Tymoschenko als künftige Ministerpräsidentin umschreiben wollte. Auf diese Weise wurde die Machtaufteilung für die nächsten vier Jahre beabsichtigt. Aber das Grundgesetz wird ja nicht für Zwecke einzelner Personen erfasst.

Diese Situation wurde von Menschen im Ausland, die begriffen, was eigentlich passierte, natürlich mit großer Besorgnis empfunden. Aber es sei betont – Verständnis dafür hatten bei weitem nicht alle, denn es ist nicht immer einfach, sich in internpolitischen Peripetien der ukrainischen Macht auszukennen. Deshalb war die Frage über Isolierung nicht aktuell. Darum ging es nicht, dass die Ukraine sich wegen dieses Koalitionskomplotts in ein Weißrussland, geleitet von einem Lukaschenko, verwandeln sollte. Doch die Besorgnis, dass die Ukraine sich für lenkbare Demokratie entscheidet, blieb bestehen.

Haben Sie gehört, dass die Bundeskanzlerin Angela Merkel auf das Treffen mit Julia Tymoschenko verzichtete?

Darüber kann ich nicht urteilen. Derart Informationen habe ich nicht. Wer hat darüber gemeldet?

Die Massenmedien. Während des Besuchs in Polen wollte sich Frau Merkel wegen Gespräche über breite Koalition mit Tymoschenko angeblich nicht treffen...

Frau Merkel vertritt die Partei, auf die sich die Friedrich-Naumann-Stiftung nicht bezieht. Deshalb kann ich dazu nichts sagen. (Es gelang der „Glavred“ allerdings zu klären, dass Frau Merkel das Treffen mit Frau Tymoschenko nicht aufhob. Die Bundeskanzlerin weilte in Polen nur 90 Minuten lang. Die Zeit für bilaterale Treffen hatte sie also keine. „Mit einzelnen Teilnehmern, einschließlich der Ministerpräsidentin Tymoschenko, hat die Bundeskanzlerin natürlich paar Worte gewechselt“ – so unsere Quelle aus Deutschland).

Haben Sie an Erklärung von Viktor Justschenko über Vorbereitung eines Staatsstreichs geglaubt?

Es geht nicht darum, ob ich Viktor Justschenko Glauben schenke oder nicht. Der schlechte Ton der ukrainischen Presse besteht darin, dass hier mehrere Spekulationen produziert werden. Jede Zeitung spekuliert zu verschiedenen Inhalten, und die echten analytischen Materialien gibt es nur wenig. Deshalb möchte ich mich nicht an diesen Erdichtungen beteiligen. Ich gehöre nicht zum engen Kreise der Teilnehmer an diesen Ereignissen, so kann ich die Situation nicht genau einschätzen. Doch das Problem war anders: Man kann den Präsidenten im Parlament wählen, man kann die Verfassung ändern. Doch die Verfassungsänderungen dürfen den kurzfristigen Zielen nicht untergeordnet sein.

Vor kurzem ist die Nachricht aufgetaucht, dass die freien Demokraten Deutschlands, die Ihre Stiftung in der Ukraine vertritt, unterstützt die Idee der EU-Mitgliedschaft der Ukraine. Das ist die erste deutsche Partei, die derart Erklärung gewagt hat. Was ist der Grund dieser Zuneigung?

Wissen Sie, das hat uns auch gefreut. Es war gar nicht leicht, dieses Angebot in das Programm für Europarlament-Wahlen einzufügen. Für diese Phrase im Programm

haben wir Friedrich-Naumann-Stiftung und einige Politiker aus der FDP, die darüber tatsächlich als erste sprach, zu verdanken. Doch bei diesem Angebot handelt es sich um Perspektive. Es sei ergänzt, dass wir als Liberalen von dem Grundsatz ausgehen, dass die Tür immer offen bleiben soll. Darin besteht eines der Prinzipien des Liberalismus. Doch ich möchte mit Nachdruck davor warnen, diesen Ausdruck zu überschätzen. Dies bedeutet keinesfalls, dass die EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine binnen nächsten 5-10 Jahren realistisch wird. Es gilt nicht, falsch einzuschätzen, sonst kommt man zur Enttäuschung.

Die Situation kommt sowieso kontrovers vor. In Massenmedien der Welt erscheinen praktisch täglich negative Informationen über die Ukraine. Und gleichzeitig hat eine deutsche Partei in ihrem Programm Unterstützung für Kiew...

Merken Sie sich – das ist nur ein Satz im 33-seitigen Programm. Glauben Sie mir, für die Wahlen in Deutschland war dieser Satz nicht von großer Relevanz. Dieser Schritt ist tatsächlich nicht für die üblichen Deutschen wichtig, sondern für die Menschen, die sich für die Ukraine interessieren. Innerhalb Deutschlands wurde das Ganze mit nicht viel Aufmerksamkeit wahrgenommen.

Wird dieser Satz von freien Demokraten in ihrem Programm bei Nationalwahlen beibehalten?

Dieser Satz ist drin, doch das wird keine große Rolle spielen. Die internationale Politik ist in Deutschland nicht vom großen Interesse. Dadurch wird auch die ganze Situation in Deutschland gekennzeichnet – im bedeutenden Maße sind die Deutschen müde an letzter EU-Osterweiterung. Das hängt auch damit zusammen, dass das Lissabonner Abkommen bis jetzt nicht ratifiziert wurde. Wenn Sie sich an die Kopenhagener Kriterien erinnern, so steht dort, dass jede Erweiterung nur dann möglich ist, wenn die EU diese bewältigen kann. Bis das Lissabonner Abkommen ratifiziert ist, kommt die Erweiterung überhaupt nicht in Frage, es sei denn nur im Bezug auf Kroatien.

Früher waren die deutschen Politiker der Auffassung – ja, die Ukraine wäre in der EU zwar am Platze, aber in einer fernen Perspektive; doch diese Stellung wäre offiziell nicht anzukündigen, sonst finden wir kein Verständnis bei unseren Wählern. - Wenn die internationale Politik für die Wähler von keiner Relevanz ist, so wäre es vielleicht für Ukrainer ein Gefallen zu tun und eine Bestimmung über die Unterstützung des durch die Ukraine angestrebten EU-Beitritts in Programme aller einflussreichen Parteien Deutschlands zu inkludieren? Warum tun das die größten Parteien Deutschlands, wie CDU/CSU, Sozialdemokraten u.a. nicht?

Wir, freie Demokraten, sind vielleicht offener und aufrichtiger als die anderen politischen Kräfte. Doch um Missverständnisse zu vermeiden, möchte ich das Programm freier Demokraten zitieren: "Die westbalkanischen Staaten haben mittel- und langfristige EU-Beitrittsperspektive, was in der FDP Unterstützung findet. Das trifft auch die Ukraine im Sinne der langfristigen Perspektive zu." Wenn von einer Möglichkeit gesprochen wird, so ist das noch keine Wirklichkeit. Andererseits, wenn es um eine langfristige Perspektive geht, so kann diese sehr langfristig sein. Doch ich muss noch mal betonen, in der deutschen Politik spielt das gar keine Rolle. Dieser Satz wurde nur von ukrainische Massenmedien bemerkt.

Offen gesagt, als erste hat das „Deutsche Welle“ bemerkt...

Das war ukrainischer Dienst der „Deutschen Welle“.

Doch der ukrainische Dienst der „Deutschen Welle“ wird vom Bundeshaushalt finanziert und arbeitet für Bundesregierung...

Ich glaube, dass damit dieser Satz im Wahlprogramm der christlichen Demokraten, Sozialdemokraten Deutschlands erscheint, müssen sie eine sehr große Arbeit machen, um die Menschen zu überzeugen. Die Überzeugungsarbeit ist in erster Linie die Arbeit und dann Überzeugung. Alexander Kwasnevsky erklärte einmal: die Ukrainer müssen vor allem selbst ihre Reformen durchführen. Keiner wird statt Ukrainer diese Arbeit leisten.

Sie behaupten, die freien Demokraten, als wahren Liberalen, sind Anhänger der Politik der offenen Türen. Sind diese Türen für die Ukraine nur bezüglich der EU offen oder bezüglich NATO auch...?

Was NATO anbetrifft, so haben Sie nach Ereignissen in Georgien große Probleme. Ich würde zwei größte Probleme nennen. Zum einen, die Menschen konnten sehen, was passieren kann, wenn der NATO das Land beitreten möchte, in dem die Konflikte nicht gelöst sind. Und es geht nicht nur um Spannungen zwischen den Nationen, wie mit Osseten und Georgiern der Fall war. Das Problem ist auch darin, dass die NATO-Beitrittsperspektive unter den Ukrainern selbst keine große Unterstützung findet. Und das zweite Problem ist, wie man diesen Zusammenhang mit Georgien loswird. Aus meiner Sicht, hat Georgien in absehbarer Perspektive keine Chance, der NATO beizutreten; das Problem der Ukraine ist nur, eigenen Weg zu gehen, von diesem Zusammenhang mit Georgien loszuwerden.

Die NATO erklärte stets, es gebe diesen Zusammenhang nicht...

Das will ich gerade nochmal bemerken. In diesem Falle ist es wichtig, die Situation innerhalb der Ukraine zu ändern. Man braucht politische Reformen, politische Stabilisierung; es gilt, Korruption zu überwinden.

Laut Behauptung von Steilmeier und Merkel sei die Frage der NATO-Integration der Ukraine nicht rechtzeitig gestellt. Doch die Stellung von Westerwelle dazu ist noch keinem bekannt, und gerade er kann zum neuen Bundesaußenminister werden...

Ich bin sicher, dass Westerwelle davon ausgeht, dass NATO eine Allianz ist, die sich mit Sicherheitsfragen befasst. Im Fall mit der Ukraine besteht keine Garantie, dass ihre nächste Regierung den Beschluss über Eintritt des Landes in diese Allianz nicht aufhebt. Ich glaube dass es Grundsatzunterschiede unter den Reformierungsländern gibt. Nehmen wir z. B: Polen, Litauen, Lettland, Estland von einer Seite und die Ukraine von der anderen. In all diesen Ländern gab es eine Menge politischer Streitigkeiten und Regierungswechsel. Doch die politischen Eliten zentraleuropäischer Länder hatten immer eine gemeinsame Vision der Entwicklungsstrategie des Staates. Sie hatten ein gemeinsames Ziel, schnellmöglichst der EU beizutreten. Vielmehr, waren sie auch bereit, die komplizierten langwierigen Reformen durchzusetzen, auch die, die Bevölkerung nicht unbedingt gerne hatte. So sehe ich das abseits.. Betreffs Reformen hat die Ukraine noch viel zu tun.

In der Ukraine hegt man große Hoffnungen auf Ernennung des neuen Außenministers Deutschlands, denn der jetzige Minister ist durch übermäßige Sympathie zu Russland bekannt...

Man soll das Fell nicht verkaufen, ehe man nicht den Bären hat. Doch zum Teil haben Sie recht. Bei letzten Europaparlamentwahlen konnten die freien Demokraten gutes Ergebnis erreichen – 11%. Lt. Umfragen sind in nationalen Wahlen 13-14% zu erwarten. Die Frage ist nur, wie gut CDU/CSU wird (*dieser Parteiblock wird von Angela Merkel geleitet; die freien Demokraten werden mit CDU/CSU Koalitionsregierung bilden sollen. – Red.*). Bei guten Wahlergebnissen wird es möglich sein, zu koalidieren. Wir werden natürlich alles Mögliche tun, um gute Wahlergebnisse zu erreichen, und damit Westerwelle zum Außenminister und Vize-Kanzler wird. Wissen Sie, bei Liberalen spielen die Werte wie Menschenrechte, liberalwirtschaftliche Politik große Rolle. Gegbenenfalls wird alles davon abhängen, wie man sich in der Ukraine zu diesen Punkten stellt. Die Ukraine hat selbst positive Änderungen zu demonstrieren. Unsere Einwirkung von außen ist sehr beschränkt, und es ist auch gut so.

Ist es wahr, dass Steinmeier ein für Russland gesinnter Politiker ist?

Es gibt in Deutschland keine für Russland gesinnten Politiker. An Steinmeier könnte man so denken, da es enge Beziehungen zwischen Schröder und Putin waren. (*Der Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder ist Freund und alter politischer Mitkämpfer von Steinmeier – Red.*). Doch jetzt hat keiner der deutschen Politiker so einen Bezug zu den russischen Politikern. Es lohnt sich nicht, die Schlüsse nur daraus zu ziehen, dass Steinmeier sich bemüht, Russland in bestimmte internationale Kontexte maximal zu integrieren. Das bedeutet auch nicht das Bundesrepublik Deutschland keine eigene Interessen hat. Das ist nicht richtig.

Inwieweit sind Westerwelle die ukrainischen Politiker bekannt?

Vor kurzem traf sich Westerwelle mit Jazenjuk. Er ist überhaupt sehr kontaktfreundlich. Wenn seitens ukrainischer führenden Politiker der Wunsch besteht, ist er natürlich bereit, sich auch mit ihnen zu treffen. Z. Zt. wird sein Besuch in die Ukraine nicht geplant. Wenn er doch zum Außenminister geworden ist, werden wir uns in dieser Hinsicht als Stiftung Mühe geben.

Vor einem Monat wurde seitens Polens und Deutschlands an die EU Angebot gemacht, die Ukraine bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrise zu unterstützen. In Mai sollten in die Ukraine die Außenminister Polens und Deutschlands angekommen sein. Dann blieb diese Idee in der Luft hängen. Und erst in den letzten Tagen wurde bekannt, dass dieser Besuch am 17. Juni stattfinden soll. (Dieses Interview fand statt, als dieses Datum offiziell noch nicht angekündigt war. –Red.)

Von Steinmeier habe ich wenig Informationen. Doch was hätte dieser Besuch genutzt, wenn man weiß, dass z.Zt. in der Innenpolitik der Ukraine totale Blockade herrscht. Wie hätte man durch diesen Besuch helfen können? Aus meiner Sicht sind für die Ukraine die Gespräche mit IWF viel wichtiger, und es ist gut, dass diese heute in allgemeinem positives Ergebnis haben. Wirtschaftliche Stabilität müsste zur Priorität der Ukraine werden.

Wodurch ist das Interesse Deutschlands an die Ukraine zu erklären? Mit Polen ist alles klar; es war stets Befürworter der Ukraine in der EU und NATO. Möchte Deutschland etwa auch zum ukrainischen Lobbyisten werden?

Wissen Sie, alle Stiftungen, die die unterschiedlichen politischen Kräfte Deutschlands vertreten, bemühen sich, alles Mögliche zwecks Annäherung Deutschlands und der Ukraine zu tun. Deutschland unterstützte aktive Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der EU sowohl zu Frage der Nachbarschaftspolitik als auch zu Frage der „Ostpartnerschaft“. Dass Deutschland wünscht, die Ukraine zu unterstützen, ist deshalb nicht zu wundern.